

Wendelin Ettmayer (*)

DIE EUROPÄISCHE UNION IST IN EINE SACKGASSE GERATEN

Der Sommer 2025 war für die Europäische Union ein Sommer der Demütigungen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen musste am Golfplatz von Donald Trump in Schottland sein Diktat betreffend die von den USA verhängten Zölle entgegennehmen. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz forderte, zusammen mit seinen EU- Amtskollegen, als Bedingung für ein Gipfeltreffen zwischen Trump und Putin in Alaska, einen sofortigen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg. Diese Forderung wurde nicht einmal ignoriert. Eine weitere Demütigung: Nachdem die USA die Ukraine-Hilfe weitgehend eingestellt hatten, wurde den Europäern erlaubt, amerikanische Waffen zu kaufen und diese an Kiew weiterzuleiten.

Das sind nur einige Symptome, die zeigen, dass die EU mit ihrer Außenpolitik, insbesondere was den Krieg in der Ukraine betrifft, in eine Sackgasse geraten ist. Nicht Putin wurde isoliert, wie lautstark von Brüssel die längste Zeit verkündet, sondern die EU. Unter dem Motto „America first“ halten die USA an ihrer Führung in der von ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten internationalen Ordnung fest. In diesem Sinne richten sie ihre Beziehungen zu China und Russland aus und unternehmen alle Anstrengungen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Brüssel gab das Motto aus, „mit dem Aggressor Putin sprechen wir nicht“. Damit wurde Russland in die Arme Chinas getrieben. Peking ist sich seiner Stärke bewusst. Die „Neue Seidenstraße“ hat die verschiedensten Regionen der Welt enger an China herangebracht. Der Globale Süden wiederum konnte seine Stärke dadurch manifestieren, dass ohne die Unterstützung dieser Länder Russland den Sanktionen nicht im gegebenen Ausmaß standhalten hätte können.

Auch andere Länder haben Probleme. Aber während diese, trotz aller Schwierigkeiten, ihre Politik darauf ausgerichtet haben, ihren Einfluss in der Welt zu demonstrieren und auszubauen, ist die EU im Ukraine-Krieg festgefahren. So sehr die Herrschaft über die Ukraine zunächst von amerikanischen Theoretikern wie Zbigniew Brzezinski in Abhandlungen entworfen und von Think Tanks wie der Rand Corporation strategisch vorbereitet wurde, Donald Trump hat die Notbremse gezogen, sobald die Kosten des Krieges für sein Land zu hoch wurden. Das Business von Amerika ist eben Business. So blieben die EU-Europäer und Großbritannien alleine übrig, um weiter „für das Völkerrecht zu kämpfen“.

Für Amerika gilt nach wie vor die 1992 beschlossene „Defense Planning Guidance“, wonach kein Land der Welt militärisch auch nur halb so stark sein darf wie die USA. 800 Militärbasen sollen weltweit sicherstellen, dass Sanktionen eingehalten und Interventionen durchgeführt werden können. Und lange vor Donald Trump konnte man in der New York Times aus der Feder ihres Chefredakteurs lesen: „The United States must remain the World’s sheriff. It has the right to take unilateral military action. The UN Security Council should not have veto power over American options“.(1) Diese Einstellung prägte damals das amerikanische Denken, und so ist es auch heute noch.

China erlebt seit über einer Generation einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg. Machte die chinesische Wirtschaft kaum ein Prozent der Weltproduktion aus, als die derzeitige internationale Ordnung gegründet wurde, so sind es heute 20 %. Chinesische Unternehmen sind bereits Marktführer in wesentlichen Bereichen wie bei Elektroautos, Solaranlagen, Robotern oder bei der Künstlichen Intelligenz.

Entsprechend selbstbewusst tritt der chinesische Staatschef Xi Jinping auf, wenn er in einer „Global Civilisation Initiative“ verlangt, dass kein Land einem anderen die eigenen Werte oder politischen

Institutionen aufzwingen darf. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 stellte er eine „Globale Sicherheitsinitiative“ vor. Demnach sollten Blockbildungen wie im Kalten Krieg überwunden werden. In einer „Globalen Entwicklungsinitiative“ wurde das chinesische Modell als beispielgebend präsentiert. Der Unterschied zum Westen: China stellt keine politischen Bedingungen.

Was den Globalen Süden betrifft, so war die EU in den letzten **Jahrzehnten** unter der Führung Frankreichs immer wieder auch in Afrika engagiert. Aber Paris hat gerade dort in den letzten Jahren schwere Rückschläge erfahren, mit Auswirkungen auf die ganze Union. Andererseits haben zahlreiche afrikanische Länder historische Bindungen an Russland, was auf jene Zeit zurückgeht, in der die Sowjetunion afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen unterstützt hat. Vor die Wahl gestellt, welche Seite die Afrikaner in einem europäischen Krieg unterstützen würden, hätte Russland wohl die Oberhand. Berichten zufolge hat auch die Russisch-Orthodoxe Kirche vor allem im südlichen Afrika ihren Einfluss verstärkt. Dem Westen wird Doppelbödigkeit vorgeworfen, wenn man die Standards vergleicht, die gegen Russland einerseits, im Nahen Osten andererseits gefordert werden.

Während also die USA, China, Russland und der Globale Süden dabei sind, die Welt neu zu ordnen ist die EU nicht in der Lage, im eigenen Bereich grundlegende Fragen zu lösen; sie steckt in einer schweren Wirtschaftskrise; Frankreich und Deutschland kommen aus der politischen Krise nicht heraus. Und in Großbritannien verliert die Partei von Ministerpräsident Keir Starmer Wahlkreise, in denen Labour seit Generationen die Mehrheit stellte. Man bekommt den Eindruck, die Regierungschefs dieser Länder wollen durch starke Worte gegen Russland über die Schwierigkeiten im eigenen Land hinwegtäuschen. Dabei kann wohl nur eine politische und wirtschaftliche Stabilität im eigenen Bereich die Grundlage für eine zielführende Außenpolitik sein.

Tatsächlich ist also die Europäische Union außenpolitisch isoliert und wirtschaftlich in einer Krise. Grundlegende Fragen sind nicht gelöst. Wie steht es etwa um die Souveränität der Union? Wir haben nationale Souveränität mit der eigenen Landeswährung oder die Grenzkontrollen aufgegeben, aber es wurde keine europäische Souveränität geschaffen. Die Maastricht- Kriterien werden seit Jahren nicht erfüllt, in Frankreich gelingt es dem Parlament nicht, ein Budget zu erstellen. Die Krise der politischen Systeme in vielen Ländern der EU ist evident: Die linken Parteien verlieren ihre Wähler, die Konservativen haben ihre Grundsätze aufgegeben. In der Neuen Zürcher Zeitung war unlängst zu lesen „Deutschland erstickt in seinen Problemen; das Land flüchtet sich in eine Scheinwelt“ (2). Mario Draghi, der langjährige Präsident der Europäischen Zentralbank, hat festgestellt, „Die Europäische Union ist nicht mehr wettbewerbsfähig“.

Gleichzeitig werden unsere Wohlfahrtsstaaten im „Warfare- Staaten“ umgewandelt. Der Economist, das Kampfblatt für die Erhaltung der westlichen Vorherrschaft, stellt nüchtern fest, in den nächsten Jahren muss die EU selbstverständlich weitere \$ 389 Milliarden „in cash and arms“ an die Ukraine abliefern, „um den Kreml abzuschrecken“ (3). Während die Ukraine systematisch zerstört wird und die ukrainische Gesellschaft in Auflösung begriffen ist, verfolgt die EU weiter eine Politik, die auf Wunschdenken und nicht auf Realitäten aufbaut.

Gibt es noch eine Lösung? Vielleicht. Der Krieg in der Ukraine müsste umgehend beendet werden, die Exponenten der EU müssten Friedensbemühungen der verschiedensten Seiten unterstützen, anstatt sie zu sabotieren! Bei einer neuen Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa müsste man versuchen, die Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, vom Atlantik bis zum Ural, zu regeln. Den Alliierten reichten während des Zweiten Weltkriegs zwei Gipfeltreffen, nämlich in Teheran und in Jalta, um die Deutsche Wehrmacht zu besiegen. Die pro-ukrainische „Allianz der Willigen“ organisiert jede Woche ein Gipfeltreffen als Medienspektakel. Vielleicht wäre es besser, eine grundlegende Konferenz vorzubereiten und der Diplomatie wirklich eine Chance zu geben.

(*)Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at

Anmerkungen;

- (1) John Vinocur; New York Times vom 2. Jänner 2008
- (2) NZZ 1. November 2025
- (3) The Economist; "What will it cost to make Putin stop"; November 1st 2025